



HESSISCHER LANDTAG

30. 06. 2021

Große Anfrage

**Bijan Kaffenberger (SPD), Tobias Eckert (SPD), Wolfgang Decker (SPD),
Nadine Gersberg (SPD), Lisa Gnadt (SPD), Angelika Löber (SPD) und Fraktion**

Zukunft der Arbeit in Hessen

Um die Transformation der Arbeitswelt in Hessen zum Erfolg zu führen und alle Beteiligten hierbei mitzunehmen, braucht es ein präzises Verständnis, welche Anforderungen in Zukunft auf Beschäftigte, die Sozialpartner sowie Unternehmen zukommen, um diese hierbei zu unterstützen. Dies gilt sowohl für die qualifikatorischen Anforderungen im Betrieb als auch für Herausforderungen mit Blick auf die digitale Mitbestimmung.

Neue Technologien und Arbeitsweisen bringen Chancen und Risiken mit sich. Gleiches gilt für die künstliche Intelligenz und deren Anwendung mit Blick auf Prozessoptimierung in den Betrieben, Auswirkungen auf den Schutz von Arbeitnehmerrechten und die Entwicklung ethischer Leitplanken zu deren Anwendung. In Zeiten der Corona-Pandemie hat die Entwicklung hin zu Home-Office und mobilem Arbeiten einen völlig neuen Stellenwert bekommen. Doch wir sehen auch, dass dies nicht von allen Unternehmen positiv umgesetzt wird, und es gilt daher, einen Rahmen für die Zeit nach Corona zu definieren, in dem dies in einem sozialverträglichen Maße ermöglicht und gefördert wird.

Im Rahmen der fortgeschriebenen Strategie Digitales Hessen findet sich das zentrale Thema Zukunft der Arbeit lediglich als dritter Spiegelstrich hinter der digitalen Transformation für Unternehmen der Digitalwirtschaft wieder. Im Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeit 4.0 wird dem für die Menschen so wichtigen Themenfeld Zukunft der Arbeit dann nur zwei der knapp 150 Seiten gewidmet.

Daher gilt es, einen breiten gesellschaftlichen Dialog zur Zukunft der Arbeit in Hessen anzustoßen und anschließend zielgerichtete Maßnahmen zu etablieren, sodass Hessen auch zukünftig ein attraktiver Technologie- und Wirtschaftsstandort bleibt, in dem den Interessen der Beschäftigten mit Blick auf die Digitalisierung der Arbeitswelt ausreichend Rechnung getragen wird.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Die Transformation der Arbeitswelt in Hessen

1. Was versteht die Landesregierung unter Transformation der Arbeitswelt
2. Was versteht sie und wie bewertet sie in diesem Zusammenhang Arbeit 4.0?
3. Was versteht die Landesregierung unter „Transformation“, wie passt Arbeit 4.0 dazu und was versteht sie darunter?
4. Welche Daten liegen der Landesregierung darüber vor, wie viele Arbeitsplätze in Hessen im Verlauf der letzten 5 bzw. 10 Jahre aufgrund des digitalen Wandels entstanden bzw. verschwanden?
Welche Daten liegen der Landesregierung darüber vor, wie viele Arbeitsplätze in Hessen im Verlauf der nächsten 5 bzw. 10 Jahre durch den digitalen Wandel entstehen bzw. verschwinden könnten?
5. Welche neuen Anforderungen wird es, nach der Einschätzung der Landesregierung, an die Unternehmen, Beschäftigten und Sozialpartner geben? Bitte listen Sie die Anforderungen nach den Bezugsgruppen getrennt auf.
 - a) Stimmen Ihre Einschätzungen mit denen der Bundesregierung überein?
 - b) Welche weiteren Erkenntnisse und Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Einschätzung der Bundesregierung?

6. Welche Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbedarfe sieht die Landesregierung, um diesen neuen Anforderungen für Unternehmen, Beschäftigte und Sozialpartner gerecht zu werden und sie bei diesem Wandel zu unterstützen? Bitte listen Sie die Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbedarfe für die Bezugsgruppen einzeln auf.
- Mit welchen Maßnahmen hat die Landesregierung in der 19. Wahlperiode die Sozialpartnerschaft zur Bewältigung des technologischen und wirtschaftlichen Wandels gestärkt?
- Plant die Landesregierung Initiativen in der 20. Wahlperiode, um die Sozialpartnerschaft infolge des technologischen und wirtschaftlichen Wandels zu stärken?
 - Falls ja, bitte listen Sie diese Initiativen auf sowie die dazu geplanten Finanzmittel.
 - Wie möchte die Landesregierung Menschen, die sich von dieser Transformation bedroht fühlen, bei der Entwicklung mitnehmen und im Sinne von Schutz & Chancen begleiten? Bitte listen Sie Unterstützungsleistungen des Landes für Arbeitssuchende, Unqualifizierte, gering Qualifizierte, Beschäftigte mit fachfremder Qualifizierung und fachbezogen qualifizierte Beschäftigte auf.
7. Wie möchte die Landesregierung bei dieser Entwicklung und Transformation sicherstellen, dass im öffentlichen Diskurs und in der Diskussion hierbei nicht nur wirtschaftliche Anforderungen im Mittelpunkt stehen, sondern auch generelle, soziale, gesellschaftliche und politische Fragestellungen, die sich durch diese Transformation ergeben, genug Raum finden und berücksichtigt werden?
8. Ist die Landesregierung bereit, einen Transformations- und Innovationsfonds für die von den Prozessen betroffenen hessischen Betriebe zu schaffen, sowie einen „Lotsen“ für diese Prozesse im hessischen Wirtschaftsministerium zur Unterstützung der Betriebe und Unternehmen und eine Transformationsberatung für Betriebsräte einzurichten?
9. Wie gedenkt die Landesregierung den „Industrietrialog“ aktiv zu nutzen, um die Wirtschaft zu stärken und Beschäftigung zu sichern?
10. Sieht die Landesregierung den Bedarf die Transformation der Arbeit durch regelmäßige Studien wissenschaftlich zu begleiten?
11. Plant sie die „Arbeitsweltberichterstattung Hessen“ zu verstetigen?

II. Digitale Mitbestimmung

- Was versteht die Landesregierung unter New Work?
- Was versteht die Landesregierung unter digitaler Mitbestimmung?
- Welche Formen der digitalen Mitbestimmung sind in hessischen Unternehmen bekannt?
- Plant die Landesregierung gute Praxisbeispiele aus Tarif-, Betriebs- und Dienstvereinbarungen öffentlich bekannt zu machen und damit den Austausch zwischen den Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräten zu fördern?
- Wie bewertet die Landesregierung die Forderung des DGB die Mitbestimmungsrechte auf die neuen digitalen Arbeitsformen und Geschäftsmodelle wie bspw. Plattformarbeit, Crowd-/Clickworking, Outsourcing etc. auszuweiten und den Beschäftigungsstatus dieser Gruppen zu klären?
- Wie bewertet Sie die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten im Zuge der digitalen Transformation der Arbeitswelt?
- Wie bewertet Sie die Notwendigkeit nach einem digitalem Zugangsrecht in Unternehmen für Gewerkschaften, bspw. durch die Verpflichtung betriebsinterne Kommunikationskanäle und digitale Infrastruktur zur Beschäftigtenansprache nutzen zu dürfen?
- Möchte die Landesregierung die Instrumente der digitalen Mitbestimmung fördern?
 - Wenn ja, wie und wie hoch sind die dafür zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel?
 - Wenn nein, warum nicht?
 - Mit welchen Maßnahmen möchte die Landesregierung die Instrumente der digitalen Mitbestimmung fördern?
 - Plant sie die Förderungen der Weiterbildung und Vernetzung von Betriebsräten in Bezug auf digitale Formen der Mitbestimmung?

III. Aus-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für Beschäftigte

1. Über welche Maßnahmen verfügt die Landesregierung in Bezug auf Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für Beschäftigte im Bereich Digitalisierung und Industrie 4.0? Bitte listen Sie diese entsprechend auf.
Welche Kooperationspartner hat sie hierfür?
2. Wie hoch waren hierbei die Mittelzuwendungen und Mittelabrufungen? Bitte listen Sie die Mittelzuwendungen und Mittelabrufungen einzeln nach den geförderten Maßnahmen mit Bezug auf den jeweiligen Einzelplan des Haushaltsplans auf.
3. Wurden die geförderten Maßnahmen im Nachhinein evaluiert?
 - a) Wenn ja, was waren hierbei die Ergebnisse? Bitte listen Sie diese Evaluationsergebnisse nach den einzelnen Maßnahmen/Förderungen getrennt auf.
 - b) Wenn nein, warum nicht?
4. Plant die Landesregierung zusätzlich zur Bundesregierung ein Programm, welches Zuschüsse zahlt, wenn ein größerer Anteil der Beschäftigten eines Betriebes einer Anpassung der beruflichen Kompetenzen dringend benötigt?
 - a) Wenn ja, wie sind die Kriterien für die Unternehmen und wie hoch sind die Förderungen?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
5. Wie plant die Landesregierung sicherzustellen, dass bei diesen Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten nicht nur eine Kompetenz für den Umgang mit den neuen Anforderungen erreicht wird, sondern gleichzeitig auch die Kompetenz aufgebaut wird sich mit diesen neuen Anforderungen/Anwendungen (bspw. Big Data, KI etc.) in Bezug auf gesellschaftliche, soziale und politische Fragestellungen kritisch auseinander zu setzen?
6. Wie bewertet die Landesregierung den Fachkräftemangel in technologischen Berufen in Hessen im Hinblick auf die nächsten zehn Jahre?
Wie plant sie dem Fachkräftemangel zu begegnen?

IV. Umgang mit Künstlicher Intelligenz und Datenschutz

1. Welche Chancen und Risiken sieht die Landesregierung beim Einsatz Künstlicher Intelligenz in hessischen Betrieben?
2. Wie steht die Landesregierung zu möglichen sozialpartnerschaftlich abgestimmten ethischen Leitlinien zur Verwendung von Künstlicher Intelligenz – gerade mit Blick auf personenbezogene Daten von Beschäftigten?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Einführung eines eigenständigen Beschäftigtendatenschutzgesetzes, um der Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Betrieb gerecht zu werden?
4. Wie bewertet die Landesregierung den Spagat zwischen der Verarbeitung personenbezogener Daten, um Prozessanalysen, KI und andere Elemente von Industrie 4.0 zu ermöglichen und Datenschutz sowie Gefahren der Leistungs- und Verhaltenskontrolle?
5. Ist es aus Sicht der Landesregierung sinnvoll eine zentrale Beschwerdestelle für Whistleblower einzuführen, bei der Missstände gemeldet werden können?
 - a) Wenn ja, wie sollen mögliche Whistleblower geschützt werden?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
6. Plant die Landesregierung mit Blick auf Künstliche Intelligenz eine Förderung zur Kompetenzentwicklung und Kompetenzerweiterung von Betriebs- und Personalräten, um den neuen Fragestellungen im Betrieb gerecht werden zu können?

V. Weiterbildungsverbände

1. Wie bewertet die Landesregierung das Bundesprogramm zum „Aufbau von Weiterbildungsverbänden“?

2. Hat die Landesregierung dieses Programm und dessen Frist zum 25. August 2020 in der hessischen Wirtschaft beworben?
 - a) Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und über welche Kanäle?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
3. Wie viele Bewerbungen gab es aus Hessen für das Bundesprogramm zum „Aufbau von Weiterbildungsverbänden“?
Wie viele erhielten eine Zusage oder Absage?
4. Plant die Landesregierung auch ein eigenes Programm zum „Aufbau von Weiterbildungsverbänden“ einzuführen?
 - a) Wenn ja, wann und mit welchen Partnern?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

VI. Neue ESF-Förderperiode

1. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung ab voraussichtlich 2022?
2. Wie will die Landesregierung bis 2022 insbesondere Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten in der aktuellen Richtlinie zur Hessischen Qualifizierungsoffensive im Bereich Digitalisierung und Zukunft der Arbeit fördern?
3. Plant sie dafür notfalls ihren originären Haushaltsmittelansatz zu erhöhen?
 - a) Wenn ja, um wie viel? Bitte geben Sie hierbei auch den entsprechenden Einzelplan des Haushaltes an.
 - b) Wenn nein, warum nicht?
4. Mit welchen Initiativen will sie Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten ab 2022 fördern? Bitte auflisten.

VII. Neue Arbeitsumgebungen und Arbeitsbedingungen

1. Welche Arten des mobilen Arbeitens sind der Landesregierung bekannt?
2. Welche Chancen und Risiken ergeben sich hieraus für Unternehmen und Beschäftigte? Bitte listen Sie die Chancen und Risiken nach Bezugsgruppe getrennt auf.
3. Plant die Landesregierung das mobile Arbeiten zu fördern?
Wenn ja, welche Arten des mobilen Arbeitens und in welchem Umfang/durch welche Maßnahmen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Gefahr von Arbeitsverdichtung sowie der Entgrenzung von Arbeits- und Privatleben?
 - a) Wie möchte sie den Arbeitsschutz bei mobiler Arbeit gewährleisten und mit welchen psychische Belastungen rechnet sie?
 - b) Welche Rolle spielen dabei die Regierungspräsidien als Überwachungsorgane?
 - c) Plant sie diese dazu personell und finanziell besser auszustatten, um die geltenden Regelungen des AuG zu überprüfen und Sanktionsmöglichkeiten auch durchsetzen zu können?
5. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag des Steuerfreibetrages für Homeoffice/Mobiles Arbeiten insbesondere für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen?
6. Sieht sie eine Verantwortung der Unternehmen für die Einrichtung/Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Beschaffung von Equipment für das mobile Arbeiten?
 - a) Wenn ja, wie unterstützt sie Unternehmen dabei?
 - b) Wie bewertet sie die Situation für Menschen mit Behinderungen?
 - c) Wie bewertet die Landesregierung Konzepte zum Desk-Sharing innerhalb von Unternehmen?
 - d) Welche Chancen & Risiken sieht sie hierbei?
 - e) Wie bewertet die Landesregierung Co-Working-Spaces als dezentralen Arbeitsort für Beschäftigte?

- f) Welche Co-Working-Angebote sind der Landesregierung in Hessen bekannt und wie viele Arbeitsplätze stehen hier zur Verfügung?
 - g) Plant die Landesregierung Co-Working-Angebote in Hessen zukünftig zu fördern?
 - h) Wenn ja, wie?
 - i) Wenn nein, warum nicht?
6. Wie steht die Landesregierung zu den Möglichkeiten von reduzierten Arbeitszeitmodellen, z.B. 5- bzw. 6-Stunden-Arbeitstagen, 4-Tage-Woche oder ähnlichen Reduktionen von Arbeitszeiten bei gleichbleibender Vollzeitbezahlung oder nur geringfügig geringerer Bezahlung?
- a) Plant die Landesregierung im öffentlichen Bereich in Hessen Projekte zum Testen von reduzierten Arbeitszeitmodellen, z.B. 5- bzw. 6-Stunden-Arbeitstagen, 4-Tage-Woche oder ähnlichen Arbeitszeitreduktionen, und deren Auswirkungen auf die Leistungen von Angestellten bei bleibender Vollzeitbezahlung oder nur geringfügig geringerer Bezahlung?
 - b) Falls ja, um welche Projekte handelt es sich?

VIII. Fortschreibung der Digitalstrategie

- 1. Wie plant die Landesregierung den Prozess zur Fortschreibung der Digitalstrategie?
- 2. In wie weit plant die Landesregierung die verschiedenen Interessensgruppen (bspw. Gewerkschaften, Verbände, Betriebsräte etc.) über den gesamten Prozess hinweg einzubinden?
 - a) Wenn ja, wie?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- 3. Plant die Landesregierung den Umsetzungsfortschritt der fortgeschriebenen Digitalstrategie zu evaluieren/monitoren und über den Fortschritt zu informieren?
 - a) Wenn ja, wie und in welchen zeitlichen Abschnitten?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- 4. Plant die Landesregierung eine zentrale Anlaufstelle einzurichten, an die sich Unternehmensleitungen und Betriebsräte wenden können und die über die Angebote im Bereich der öffentlichen Förderung und Beratung insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen informiert beziehungsweise an die richtigen Stellen vermittelt?
 - a) Wenn ja, wo wäre eine solche Anlaufstelle angesiedelt?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Wiesbaden, 30. Juni 2021

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Bijan Kaffenberger
Tobias Eckert
Wolfgang Decker
Nadine Gersberg
Lisa Gnadl
Angelika Löber